

Strafverfahren gegen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wegen mutwilliger Zerstörung der Lebensgrundlagen der heutigen Generation und nachkommender Generationen

Wegen der existenzbedrohenden, rasanten Vernichtung der Biodiversität wurde die Bundesregierung am 8. Juni 2020 von 152 Wissenschaftler*innen und weiteren 4210 Akademiker*innen und Bürger*innen zur sofortigen Einrichtung eines nationalen Biodiversitäts- und Klimanotstandsrats zum Schutz und zur Wiederherstellung der Biodiversität aufgefordert. Der 24. Juni 2020 wurde als Frist für die Einberufung einer konstituierenden Sitzung des Biodiversitäts- und Klimanotstandsrates gesetzt. Darauf gab es keine Reaktion.

Angesichts der alarmierenden Geschwindigkeit des Baumsterbens, der Agrar-Bodendegradation, der übermäßigen Grundwasser-Belastung, des Insektensterbens, etc. sind mutige und mittlerweile vor allem drastische Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt, des Klimas sowie unserer natürlichen Lebensgrundlagen ohne Verzögerung notwendig. Neun globale Prozesse sind es, die die ökologische Überlebensfähigkeit des Menschen auf unserem Planeten bestimmen. 2009 wurde festgestellt, dass drei der neun Grenzen bereits deutlich überschritten sind: Artensterben, Klimaerwärmung und Stickstoffeintrag in die Biosphäre. Bei der Aktualisierung 2015 kam noch ein weiterer Punkt dazu: Abholzung und andere Landnutzungsänderungen. Wir befinden uns jetzt schon in einer absoluten existentiellen Notlage. Trotz dieser Tatsachen arbeiten die verschiedenen Ministerien immer noch nicht zusammen und über 90 Prozent der staatlichen Subventionen in Deutschland werden nach einer Studie des Umweltbundesamtes von 2016 sogar umweltschädlich eingesetzt. Zum Abbau der umweltschädlichen Subventionen gibt es bis heute nur Absichtserklärungen, keine verbindlichen Ziele geschweige denn Fahrpläne. Allein dieser Umstand könnte zur Annahme der Verwirklichung des Tatbestands „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ führen.

Gleichzeitig stimmt die Regierung verschiedenen Freihandelsverträgen (z. B. CETA, JEFTA, EUSFTA usw.) auf EU-Ebene laufend zu bzw. treibt ihr Zustandekommen (z. B. MERCOSUR) massiv voran. Das System des „Freihandels“ bindet jedoch die Hände der politischen Entscheidungsträger, während sie eigentlich ein Maximum an Flexibilität bräuchten, um eine umfassende Energiewende und den Biodiversitätsschutz realisieren zu können. Die Inkraftsetzung dieser Freihandelsverträge erfolgt unter Missachtung des Grundgesetzes. Damit werden fundamentale Schutzrechte der Bürgerinnen und Bürger und auch der Schutz der Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft unwiderruflich dem Interesse des entfesselten Freihandels geopfert. Diese Abkommen verstoßen zudem gegen internationales sowie höchstrangiges Völkerrecht und blockieren insbesondere die – zum Überleben der gesamten Menschheit schnellstmöglich durchzuführende – Umsetzung des UN-Klimaschutzabkommens von Paris. Durch die Blockierung des UN-Klimaschutzabkommens und weiterer Umweltschutzmaßnahmen der Freihandelsverträge beteiligt sich die Bundesregierung gemäß Völkerstrafgesetzbuch zudem an globalem Völkermord.

Um die Einleitung des Strafverfahrens zu unterstützen, senden Sie die Vollmacht bitte vollständig ausgefüllt und persönlich unterschrieben umgehend per Post an Frau Marianne Grimmenstein, Corneliusstr. 11, 58511 Lüdenscheid. Sie verwaltet die Daten für die bevollmächtigte RAin Susanne Riemek-Diekmann.

Vollmacht für die Einleitung eines Strafverfahrens

Hiermit erteile ich RAin Susanne Riemek-Diekmann, Schulstraße 47, 44289 Dortmund, die Vollmacht, mich vor der Staatsanwaltschaft im Rahmen eines Strafverfahrens gegen die Mitglieder der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu vertreten. Die Vollmacht erstreckt sich auf alle zur Durchführung dieses Verfahrens erforderlichen Handlungen sowie auf die Hinzuziehung weiterer Bevollmächtigter (Untervollmacht). Die Teilnahme an dem Strafverfahren ist für mich kostenlos und es entstehen für mich keine weiteren Verpflichtungen und/oder Folgen.



Max Mustermann
Musterstraße 1
12345 Musterhausen

Ort, Datum

Unterschrift

Sammelstelle für Ihre Unterstützervollmacht: Marianne Grimmenstein, Corneliusstr. 11, 58511 Lüdenscheid

Datenschutzerklärung: Die erhobenen personenbezogenen Daten werden nur für das Strafverfahren wegen der mutwilligen Zerstörung unserer Lebensgrundlagen genutzt.